

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 45. und 46. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 7. März und Freitag, dem 8. März 2013

**1. Abgeordnete**  
**Bettina Brück und**  
**Ulla Brede-Hoffmann**  
(SPD)

### **Vorschläge des Landesrechnungshofs zu Einsparungen im Bildungsbereich**

In seinem Bericht hat der Landesrechnungshof Empfehlungen zu Einsparungen im Bildungsbereich gegeben. Demzufolge sollten die sinkenden Schülerzahlen stärker zur Entlastung des Haushalts genutzt werden. Der Landesrechnungshof sieht ein Einsparpotenzial in Höhe von 6 440 Vollzeitäquivalenten bis 2020. Gleichzeitig kritisiert er die Ausstattung der Schwerpunktschulen und mangelnde Einsparungen an den Förderschulen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beabsichtigt die Landesregierung, die vor dem Hintergrund der zurückgehenden Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen zu nutzen?
2. Wie sieht die Landesregierung die weitere Entwicklung und die Rolle der Förderschulen im Zuge der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention?
3. Wie beabsichtigt die Landesregierung, das Konzept der schulischen Inklusion zukünftig umzusetzen, und wie wird sie die bedarfsgerechte Ausstattung der Schwerpunktschulen gewährleisten?

**2. Abgeordnete**  
**Christian Baldauf,**  
**Dr. Susanne Ganster,**  
**Thomas Weiner und**  
**Christine Schneider**  
(CDU)

### **Weitere Vorgehensweise nach Abschluss der B10-Mediation**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die in der Mediation vorgelegten Gutachten?
2. Wie sieht der genaue Zeitplan für die weiteren Schritte bei der B10 zwischen heute und dem Tag des Anmeldefristendes zum Bundesverkehrswegeplan aus?
3. In welcher Form will die Landesregierung das Parlament in die Entscheidungsfindung, wie die B10 zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden soll, einbinden?
4. Wie wird die Landesregierung mit dem bereits planfestgestellten Abschnitt Landau – Godramstein weiter verfahren?

**3. Abgeordnete**

**Nicole Müller-Orth,  
Anna Neuhof und  
Dietmar Johnen**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Verbrauchertäuschung durch Falschdeklaration von Eiern**

In Deutschland sind in den vergangenen Jahren möglicherweise Millionen Hühnereier als Bio- oder Freilandware verkauft worden, obwohl die Hennen nicht entsprechend der Haltungsvorschriften gehalten wurden. In diesem Fall von massiver Verbraucherinnen- und Verbrauchertäuschung ermitteln die Staatsanwaltschaften gegen rund 200 Betriebe vorwiegend in Niedersachsen, aber auch in anderen Bundesländern. Die ersten Verfahren sind bereits im Herbst 2011 in Niedersachsen eingeleitet worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Betriebe mit welchen Haltungsformen sind mutmaßlich in diesen Betrugsfall verwickelt?
2. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob bzw. wie viele falsch deklarierte Eier aus Niedersachsen auch in Rheinland-Pfalz verkauft wurden?
3. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass in Rheinland-Pfalz keine falsch deklarierten Eier in Umlauf kommen?
4. Wie steht die Landesregierung zu der Forderung, dass Lebensmittelkontrollbehörden und Öko-Kontrollstellen – jetzt und in Zukunft – die Ergebnisse ihrer Betriebskontrollen publik machen?

**4. Abgeordnete**

**Dr. Susanne Ganster und  
Thomas Weiner (CDU)**

**Flughafen Zweibrücken**

Vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung zu einem möglichen Rückzug des Landes aus der Finanzierung des Flughafens Zweibrücken und dessen Abgabe an das Saarland fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Konzept verfolgt die Landesregierung zu Betrieb und Entwicklung des Flughafens Zweibrücken?
2. Wie will die Landesregierung den Flugplatz und die Region zur Stärkung der Wirtschaftskraft zukunftsfest machen?
3. Welchen Stand und welche Perspektiven gibt es hinsichtlich der Überlegungen und Verhandlungen der Landesregierung zu möglichen Flughafenkooperationen und -verbänden?
4. Bleibt die Landesregierung bei ihrer u. a. in der Antwort auf die Kleine Anfrage 1548 (Drucksache 15/2435) dargestellten Einschätzung, der Flughafen Zweibrücken sei „eine der tragenden Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung der Region“?

**5. Abgeordnete**

**Marc Ruland und  
Fredri Winter (SPD)**

**Drohende Schließung des ThyssenKrupp Rasselstein-Werks in Neuwied**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung ThyssenKrupp Rasselstein als Arbeitgeber in der Region bei?
2. Wie viele Arbeitsplätze wären bei einer möglichen Werkschließung in Neuwied betroffen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die bisherigen Aktivitäten von ThyssenKrupp Rasselstein, die Arbeitsplätze am Standort Neuwied sichern?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkung einer möglichen Werkschließung in Neuwied auf die Situation der Beschäftigten von ThyssenKrupp Rasselstein am Werkstandort in Andernach?

**6. Abgeordnete**  
**Hedi Thelen und**  
**Adolf Kessel (CDU)**

### **Aktueller Stand der Einrichtung einer Pflegekammer**

Aktuell läuft das Befragungs- und Registrierungsverfahren zur Einrichtung einer Pflegekammer in Rheinland-Pfalz, um das Stimmungsbild in der Pflege zur Einrichtung einer Pflegekammer zu ermitteln.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Befragungs- und Registrierungsverfahrens?
2. Wie erklärt die Landesregierung, dass erst jetzt das Befragungs- und Registrierungsverfahren für die Einrichtung einer Pflegekammer in Rheinland-Pfalz beginnt, wo doch bereits am 6. März 2012 laut epd-Gespräch mit der damaligen Ministerin Dreyer eine Umfrage unter den Pflegefachkräften in Vorbereitung gewesen sein sollte?
3. Aus welchen Gründen wurde der im März 2012 angekündigte Beginn des Gesetzgebungsverfahrens Ende 2012 oder Anfang 2013 nicht gehalten?
4. Inwieweit muss der im März 2012 genannte Zeitpunkt „Anfang 2014“ für den Beginn der Tätigkeit einer Pflegekammer in Rheinland-Pfalz korrigiert werden?

**7. Abgeordnete**  
**Stephanie Nabinger**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Atomkraftwerk Cattenom**

In zwei Anträgen vom 22. März 2012 (Drucksache 16/1083) und vom 8. November 2012 (Drucksache 16/1783) haben alle Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags die Landesregierung dazu aufgefordert, sich bei der französischen Regierung für eine Abschaltung des Atomkraftwerks Cattenom und gegen die Errichtung eines Atommüllendlagers im französischen Ort Bure einzusetzen. Darüber hinaus soll die Landesregierung sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese bei der französischen Regierung nachdrücklich auf eine sofortige und dauerhafte Schließung des AKW Cattenom einwirkt.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung gemäß den beiden Anträgen (Drucksache 16/1083 und Drucksache 16/1783) ergriffen, um sich für eine sofortige Abschaltung des Atomkraftwerks Cattenom einzusetzen?
2. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, mit welchen Mitteln sich die Bundesregierung bei der französischen Regierung für die Abschaltung des Atomkraftwerks Cattenom eingesetzt hat?
3. Falls ja, ist der Landesregierung bekannt, wann sich die Bundesregierung mit der französischen Regierung in dieser Sache in Verbindung gesetzt hat?

**8. Abgeordnete**  
**Marcel Hürter,**  
**Monika Fink,**  
**Wolfgang Schwarz und**  
**Dieter Klöckner (SPD)**

### **Erhalt der Ruinen des ehemaligen Westwalls als Friedensmahnmal und für den Naturschutz**

Das Land Rheinland-Pfalz hat mit der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinbarung getroffen, das Eigentum an den Anlagen des ehemaligen Westwalls zu übertragen. Die Konzeption beinhaltet den Erhalt des ehemaligen Westwalls als Friedensmahnmal und für den Naturschutz. Rheinland-Pfalz hatte sich in der Vergangenheit für den Erhalt der Ruinen des ehemaligen Westwalls insbesondere als Friedensmahnmal eingesetzt. Die Areale der ehemaligen Westwallanlagen haben sich im Laufe der Zeit auch zu einem wichtigen Lebensraum für bedrohte Tier- und Pflanzenarten entwickelt.

Der Westwall war von den Nazis entlang der Westgrenze Deutschlands erbaut worden, bestand aus Bunkern, Stollen, Gräben und Panzersperren und verlief von der niederländischen Grenze Richtung Süden an Belgien, Luxemburg und Frankreich entlang bis zur Schweizer Grenze.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie werden die Ruinen der ehemaligen Westwallanlagen als Friedensmahnmal im Rahmen der Neukonzeptionierung für die Bürgerinnen und Bürger erfahrbar gemacht?
2. Welche wichtigen Tier- und Pflanzenarten sind nach Kenntnis der Landesregierung in den Arealen der ehemaligen Westwallanlagen in Rheinland-Pfalz zu finden?
3. Welche Vorteile beinhaltet der Abschluss der Vereinbarung für den Naturschutz und im Sinne der Bewahrung der Ruinen des ehemaligen Westwalls als Friedensmahnmal?
4. Beabsichtigt die Landesregierung einen weiteren Informationsaustausch oder Begegnungen mit den angrenzenden Bundesländern und europäischen Nachbarländern sowie auch mit Naturschutzverbänden, Einrichtungen der politischen Bildung sowie weiteren Initiativen im Rahmen der Neukonzeptionierung der Ruinen des ehemaligen Westwalls?

**9. Abgeordneter**  
**Dr. Peter Enders (CDU)**

**Aktuelle Situation der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz**

Aktuell läuft eine Kampagne der Krankenhausgesellschaft zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser. An dieser Kampagne beteiligen sich auch die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz. Für die Investitionsförderung der Krankenhäuser sind die Länder zuständig.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt sich das durchschnittliche Investitionsfördervolumen nach dem Krankenhausgesetz pro Bett in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Durchschnitt aller Bundesländer aktuell dar?
2. Wie stellt sich die entsprechende Investitionsquote in Rheinland-Pfalz gegenüber den anderen Bundesländern dar?
3. Wie hoch beläuft sich in Rheinland-Pfalz aktuell die Differenz zum bundesweit geschätzten Fördermittelbedarf je Fall in absoluten und prozentualen Werten?
4. Wie hoch beläuft sich in Rheinland-Pfalz aktuell der Investitionsstau in der Krankenhausförderung des Landes, den die damalige Sozialministerin Dreyer in 2007 auf rund 460 Mio. Euro eingeschätzt hatte (Drucksache 15/1167)?

**10. Abgeordnete**  
**Dorothea Schäfer (CDU)**

**Gesicherte Verpflegungsqualität in Einrichtungen für ältere und pflegebedürftige Menschen, Schulen und Kindertagesstätten**

Aktuell wird von Missständen in Einrichtungen für Senioren hinsichtlich der Verpflegungsqualität und von den Folgen einer geänderten Aufgabenzuweisung innerhalb der Landesregierung hierfür berichtet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie kam Justiz- und Verbraucherschutzminister Hartloff dazu, die Qualitätsprüfungen für das Speisenangebot in Einrichtungen für ältere und pflegebedürftige Menschen, Schulen und Kindertagesstätten und entsprechende Probenuntersuchungen auf ernährungsphysiologische Zusammensetzung einzustellen, wo er doch um die besondere Sensibilität der Problematik angesichts der bisherigen Erfahrungen wissen musste?
2. Wie kann Justiz- und Verbraucherschutzminister Hartloff das mit geänderten Aufgabenzuweisungen im Bereich der Landesregierung begründen, wo doch aus dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch und der einschlägigen EG-Verordnung ein umfassender Begriff vom Schutz der Gesundheit, von Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit und zum Schutz vor Täuschung hervorgeht, der sich nicht nur auf hygienische Fragen beschränkt?
3. Hält die Landesregierung die entstandene Situation für verantwortbar im Sinne eines ganzheitlichen Verbraucherschutzes, nachdem schon das Sozialministerium angekündigt hat, keinen Grund für eine Erhöhung der Kontrolldichte zu sehen?
4. Was waren die Gründe für die geänderte Aufgabenzuweisung innerhalb der Landesregierung mit Blick auf die Folgen für den Verbraucherschutz?

**11. Abgeordnete**  
**Monika Fink,**  
**Martin Haller und**  
**Astrid Schmitt (SPD)**

**Open-Government-Data-Portal**

Auf der diesjährigen CeBIT (5. bis 9. März 2013, Hannover) stellt Rheinland-Pfalz sein Open-Government-Data-Portal vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dem Aufbau des Portals?
2. Welche Informationen wird die Landesregierung über die neue Plattform den Nutzern anbieten können?
3. Wie unterscheidet sich das neue Angebot der Landesregierung von den bisherigen Möglichkeiten zur Information im Internet?
4. Welche Schwerpunkte sieht die Landesregierung für den künftigen Ausbau des Portals zu einer umfassenden Plattform?

**12. Abgeordnete**

**Andreas Hartenfels und  
Daniel Köbler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Kürzung der Bundesmittel für das Programm „Soziale Stadt“**

Das Programm „Soziale Stadt“ hat sich als erfolgreiches Instrument in der Praxis vor Ort bewährt. Angesichts der anhaltenden sozialen Spaltung der Städte und Gemeinden, die sich im Hinblick auf die Mietpreisentwicklung in Ballungszentren noch zu verschärfen droht, aber auch der kulturellen Integrationsaufgaben muss das Programm „Soziale Stadt“ ausgebaut werden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird jedoch die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ konstant halten und veranschlagt anstelle der ursprünglich geplanten 50 Millionen Euro für das Jahr 2013 lediglich 40 Millionen Euro.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Mittel für das Programm „Soziale Stadt“?
2. In welchem Umfang wirkt sich die Einsparung der Mittel für das Land Rheinland-Pfalz aus?
3. Wie wird die Landesregierung auf diese Einsparungen reagieren, um sicherzustellen, dass laufende Projekte nicht wegen der finanziellen Einschränkungen in Gefahr geraten?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Vorgabe der Bundesregierung, dass die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ ausschließlich in bauliche Maßnahmen zu investieren sind und nicht mehr, wie ansonsten üblich, ein flexibler Mitteleinsatz möglich ist?

**13. Abgeordnete**

**Martin Brandl und  
Guido Ernst (CDU)**

**Mangelnde Kenntnisse und Zuverlässigkeit von Auszubildenden**

Der Präsident der LVU monierte jüngst die mangelnden Kenntnisse von Auszubildenden. Gleichzeitig stellt der Berufsbildungsbericht fest, dass rund ein Viertel der Auszubildenden ihre Ausbildung abbrechen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie stellt sich nach Kenntnissen der Landesregierung die Situation für Rheinland-Pfalz dar?
2. In welchen Ausbildungsberufen wird es in Rheinland-Pfalz zunehmend schwerer, geeignete Auszubildende zu finden?
3. Wie hoch ist nach Kenntnisstand der Landesregierung in Rheinland-Pfalz die Zahl junger Menschen, die trotz vorhandener Ausbildungskapazitäten – aufgrund ihrer mangelnden Kenntnisse – keine Lehrstelle erhalten?
4. Wird die Landesregierung vor diesem Hintergrund ihre Position zu zentralen Schulabschlüssen als Garanten grundlegender Bildung fallen lassen?

**14. Abgeordnete**

**Kathrin Anklam-Trapp  
und Friederike Ebli (SPD)**

**Gespräch der Landesregierung mit den Trägern von katholischen Kliniken in Rheinland-Pfalz über die Versorgung von Vergewaltigungsoffern und die „Pille danach“**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung die Träger von katholischen Kliniken in Rheinland-Pfalz zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen?
2. Welche Ergebnisse konnten im Gespräch mit den Trägern erreicht werden?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse?

**15. Abgeordneter  
Christian Baldauf (CDU)**

**Folgen der geplanten Strompreisbremse**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Arbeitsplätze – aufgeschlüsselt nach Betrieben und Arbeitsbereichen – werden nach Auffassung und Kenntnis der Landesregierung bei Einführung der sogenannten Strompreisbremse wann und warum wegfallen?
2. Welche Standorte für geplante Windräder werden nach Auffassung und Kenntnis der Landesregierung bei Einführung der sogenannten Strompreisbremse wegfallen?
3. Welche Windhöflichkeit herrscht an den von der Landesregierung genannten geplanten Standorten, die durch die sogenannte Strompreisbremse wegfallen würden?
4. Welche Ressourcen können an den bereits belegten Windkraftstandorten durch Repowering erzielt werden?

**16. Abgeordneter  
Nils Wiechmann  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Ergebnisse des Europäischen Rates zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU**

Auf dem Europäischen Rat vom 7./8. Februar 2013 einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf, den EU-Haushaltsrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 um 3,4 % (34 Milliarden Euro) zu kürzen. Gespart wird vor allem bei Investitionen in Infrastruktur, Breitband, Forschung und Digitalisierung.

Die Vorsitzenden der vier größten Fraktionen des Europäischen Parlaments (EVP, S&D, ALDE und Grüne/EFA) haben am 8. Februar 2013 in einer gemeinsamen Erklärung verdeutlicht, dass sie diesen Ergebnissen nicht zustimmen werden, da sie ein strukturelles Defizit zur Folge hätten. Diese Einigung schwäche die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und liege damit nicht im Interesse Europas.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hätten die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 7./8. Februar 2013 zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU in den Jahren 2014 bis 2020 auf Rheinland-Pfalz und insbesondere auf die Förderung durch europäische Strukturfonds?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung der vier größten Fraktionen des Europäischen Parlaments, dass der vom Europäischen Rat vorgelegte Entwurf eines Mehrjährigen Finanzrahmens die Europäische Union nicht mit ausreichenden Mitteln für ihre Aufgaben ausstattet?
3. Welche Initiativen plant die Landesregierung, um ihre Position gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission zu stärken?
4. Wie sehen der weitere Zeitplan und das weitere Verfahren aus?

**17. Abgeordnete  
Dorothea Schäfer und  
Gerd Schreiner (CDU)**

**Aktuelle Situation der Mainzer Universitätsmedizin**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt es die Landesregierung, dass laut einem Pressebericht der Allgemeinen Zeitung („Kritische wirtschaftliche Lage an der Mainzer Unimedizin: Verluste besonders in der Orthopädie“, 13. Februar 2013) die Unimedizin aktuell vor neuen finanziellen Schwierigkeiten steht, u. a. weil die Orthopädie rote Zahlen schreibt?
2. Wie erklärt es die Landesregierung, dass es in der Universitätsmedizin dem Pressebericht zufolge immer wieder zu Behandlungsverzögerungen kommt und angesetzte OP-Termine verschoben werden müssen?
3. Wie viele Professuren sind aktuell an der Universitätsmedizin vakant?
4. Wie lange dauerten die einzelnen Berufungsverfahren an der Universitätsmedizin Mainz in den vergangenen drei Jahren (sowohl vom Ausscheiden des Stelleninhabers bis zur Neuausschreibung der Stelle als auch von der Ausschreibung bis zur Berufung des neuen Stelleninhabers)?

**18. Abgeordnete**  
**Dorothea Schäfer und**  
**Simone Huth-Haage**  
(CDU)

### **Zukunft der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in Ingelheim**

Die Landesregierung hat angekündigt, entgegen ihrer bisherigen Versprechen, die Gewahrsamseinrichtung in Ingelheim nicht zu schließen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wieso hat die Landesregierung die Möglichkeit verworfen, die Gewahrsamseinrichtung in einer alternativen Immobilie einzurichten?
2. Wie teuer wäre eine Verlegung der Gewahrsamseinrichtung in eine kleinere Immobilie gewesen?
3. Ist die Entscheidung der Landesregierung dahingehend zu verstehen, dass sie mittlerweile ihre Position zu den Haftbedingungen in Ingelheim geändert hat?
4. Wie sieht die mittelfristige Planung der Landesregierung für die Gewahrsamseinrichtung in Ingelheim aus?

**19. Abgeordnete**  
**Jutta Blatzheim-Roegler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Bundes- und Landesstraßen**

Zunehmend ist festzustellen, dass Orte, die von Bundes- oder Landesstraßen durchzogen werden, den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einer reduzierten Geschwindigkeit auf bestimmten Streckenabschnitten – in der Regel Tempo 30 km/h – nachkommen wollen. Häufig handelt es sich um kleinere Gemeinden, deren Ortsdurchfahrten aufgrund der engen Bebauung nach dem Eindruck der Anwohnerinnen und Anwohner eine Regelgeschwindigkeit von Tempo 50 km/h nicht zulassen bzw. als sicherheitsgefährdend wahrgenommen werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit sieht die Landesregierung straßenverkehrsrechtliche Spielräume zur Einrichtung von Geschwindigkeitsbeschränkungen auf einzelnen innerörtlichen Streckenabschnitten, die Bundes- und Landesstraßen betreffen?
2. Inwieweit unterstützt bzw. fördert die Landesregierung Maßnahmen zur innerörtlichen Verkehrsberuhigung?
3. In welchen Gemeinden wurde bereits Anträgen auf Geschwindigkeitsbeschränkungen, z. B. aufgrund von baulichen oder verkehrlichen Gegebenheiten oder aus Gründen des Lärmschutzes, bei Bundes- und Landesstraßen stattgegeben?
4. Welche weitergehenden Einspruchsmöglichkeiten stehen Gemeinden, deren Anträge auf eine streckenbezogene innerörtliche Geschwindigkeitsbeschränkung bei Bundes- und Landesstraßen abgelehnt wurden, zur Verfügung?

**20. Abgeordnete**  
**Bettina Dickes und**  
**Guido Ernst (CDU)**

### **Zusage von Ministerin Ahnen, 700 zusätzliche Lehrer einzustellen**

Im Interview mit dem Trierischen Volksfreund vom 8. Februar 2013 versprach Frau Ministerin Ahnen 700 zusätzliche Lehrerstellen für die allgemeinbildenden Schulen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist es korrekt, dass die Landesregierung in den kommenden Jahren 700 zusätzliche Lehrerstellen schaffen will?
2. Wie hoch belaufen sich die Kosten für 700 Lehrerstellen?
3. Nimmt die Landesregierung angesichts dieser Aussage Abstand von dem Vorhaben, die Lehrerstellen in den kommenden Jahren um rund 2 000 zu reduzieren?
4. Wenn nicht, wird die Landesregierung zukünftig sprachlich genauer zwischen zusätzlichen Lehrerstellen und wiederbesetzten Lehrerstellen differenzieren?

**21. Abgeordnete  
Dorothea Schäfer (CDU)**

**Lebensmittelkontrolle in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der Vorgänge um Pferdefleisch in Lebensmittelprodukten**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen haben die Vorgänge um Pferdefleisch in Lebensmittelprodukten für Aktivität und Ausrichtung der Lebensmittelkontrolle in Rheinland-Pfalz?
2. Inwieweit sieht die Landesregierung angesichts dieser Vorgänge Bedarf für künftig verstärkte und gezielte Kontrollen durch die Lebensmittelkontrolleure?
3. Inwieweit ist die Lebensmittelkontrolle in Rheinland-Pfalz in den jeweiligen kommunalen Körperschaften und insgesamt dazu in der Lage?
4. Inwieweit sieht die Landesregierung Bedarf für eine stärkere Unterstützung der Lebensmittelkontrolle durch das Land zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit in Rheinland-Pfalz?

**22. Abgeordnete  
Brigitte Hayn (CDU)**

**Professur für Elementare Musikpädagogik**

Im Rahmen des 2010 von der Landesregierung eingerichteten „Runden Tisches Musik“ beklagten die großen Musikverbände in Rheinland-Pfalz Defizite bei der Ausbildung von Musikpädagogen im Elementarbereich und an Musikschulen.

Beim zweiten Treffen des Runden Tisches am 8. Februar 2011 sagte das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur zu, für die Einrichtung eines Bachelor-Studiengangs Elementare Musikpädagogik Mittel für eine zusätzliche Professorenstelle an der Hochschule für Musik Mainz zur Verfügung zu stellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum ist diese Stelle bzw. der Studiengang auch zwei Jahre nach dieser Zusage noch nicht eingerichtet?
2. Wie steht die Landesregierung dazu, dass der Studiengang nach Aussage des Rektors der Musikhochschule aus finanziellen Gründen nicht eingerichtet werden kann?
3. Kann die Landesregierung den Finanzbedarf für die Einrichtung des Studiengangs/der Professorenstelle beziffern?
4. Welchen Betrag beabsichtigt die Landesregierung der Hochschule für Musik zur Verfügung zu stellen?